



Stephan Brandner -
Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter
im Wahlkreis 194 (Gera, Greiz, Altenburger Land)

KLARTEXT

aus dem Bundestag



Deutschland wieder fit machen!

Die Politik der Ampelregierung hat in den letzten beiden Jahren einen enormen **Schaden** angerichtet. Nach vielen Jahren **destruktiven Wirkens von Merkel** und deren Koalition von CDU und SPD kam es noch schlimmer als gefürchtet. Nicht nur, dass das Vertrauen in die Politik immer mehr sinkt, auch leiden viele Bürger dieses Landes konkret unter dieser völlig absurden und **ideologiegetriebenen** Politik.

Für mich und die **AfD** steht fest: die irre **Ampelpolitik** muss **beendet** und umgekehrt werden. Die AfD wird nicht nur das **Heizungsgesetz abschaffen**, sodass jeder heizen kann, wie er es für richtig hält, sondern auch das sogenannte **Selbstbestimmungsgesetz rückabwickeln**, mit dem es eine freie Geschlechterwahl geben soll. Mit uns wird es **kein Verbrennerverbot** geben und die **deutsche Staatsbürgerschaft** wird nicht weiter verramscht. Mit unserem **10-Punkte-Programm für eine AfD-geführte Bundesregierung** haben wir klargestellt, worauf Sie sich mit uns einstellen können. Wir wollen und werden die **Deindustrialisierung** Deutschlands **stoppen**, die **Steuerlast senken**, die verheerende **Migrationspolitik beenden** und unseren **Sozialstaat retten**. Wir wissen: **Bildung ist Zukunft** und nur durch eine vernünftige Bildungspolitik wird es möglich sein, Deutschland wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Auch in der **Außenpolitik** werden wir neue Maßstäbe setzen. **Deutsche Interessen** stehen ganz vorne und eine **gestärkte Bundeswehr** ist der Garant einer souveränen Nation. Wir müssen darüber hinaus die Familienpolitik auf ein gesundes Fundament stellen, **Familienarbeit belohnen** und die gesundheitliche Eigenverantwortung fördern. Auch die **Entpolitisierung der Justiz**, die Stärkung der Demokratie durch die Sicherstellung der **Gewaltenteilung** sowie die **Förderung der direktdemokratischen Teilhabe** durch Einführung von Volksentscheiden sind für mich entscheidende Punkte, die es auf Bundesebene umzusetzen gilt. Sie sehen – es gibt viel zu tun. Aber fest steht auch: Deutschland ist nicht verloren! **Wir als AfD sind bereit**, die Verantwortung zu übernehmen, um Wohlstand, Freiheit und Demokratie sicherzustellen. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen und lassen Sie uns gemeinsam eintreten für ein **prosperierendes Land**, wie wir es uns alle wünschen.

Ihr/ Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

Lesen und weitergeben!

Oktober 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 20, 10/2023

SPD will sich Wahlvolk aus dem Ausland holen!

Bundesinnenministerin Faeser, Spitzenkandidatin der SPD Hessen plant, das Kommunalwahlrecht auf Ausländer auszuweiten. Wählen solle zukünftig offenbar jeder können, der sich eine Weile in Deutschland aufhält. Es überrascht wenig, dass ausgerechnet die SPD die Wahlen für Flüchtlinge öffnen will – schließlich kommen kaum noch Bürger auf die Idee, das Kreuz am Wahltag bei dieser Partei zu machen. Dieser verzweifelte Versuch, Wahlstimmen aus dem Ausland zu rekrutieren, lässt erkennen, welcher Plan hinter der massenhaften Aufnahme von Ausländern steckt. Die SPD will sich ihr Wahlvolk einkaufen, auf Kosten unseres Sozialstaats päppeln und für den eigenen Machterhalt platzieren. Das werden wir zu verhindern wissen. Wohl weil ein großer Aufschrei durch die Republik ging, demertiert die SPD mittlerweile ihr Vorhaben. Schuld sei nur ein Kopierfehler. Wer's glaubt...



Wir wollen die Namen wissen!

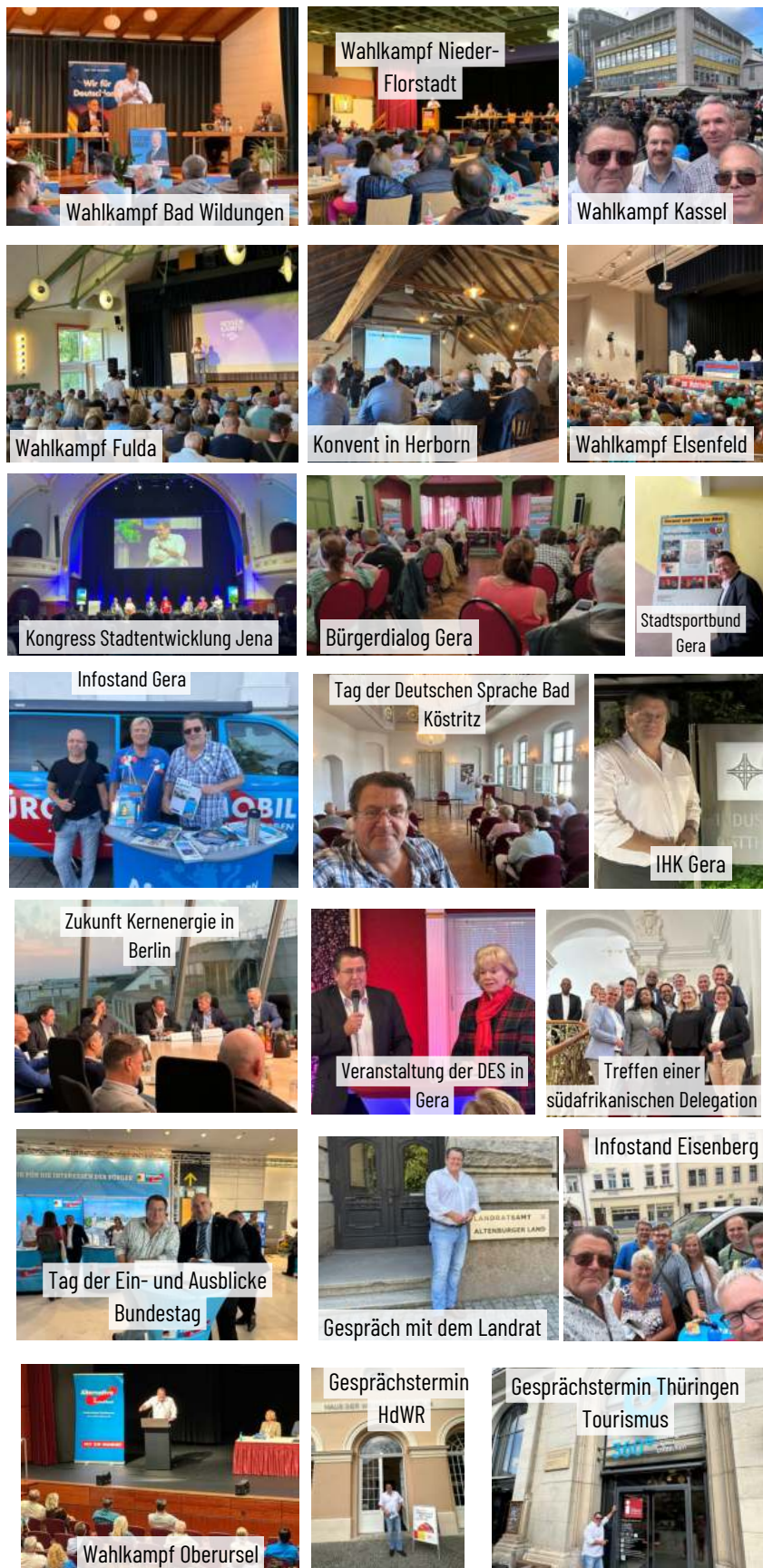
Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag reicht eine Organklage gegen die Bundesregierung ein. Grund ist die verweigerte Herausgabe der Namen öffentlich-rechtlicher Journalisten, die teils sechsstelligen Summen von der Bundesregierung für Moderationen und ähnliche Leistungen erhalten haben. Insgesamt haben deutsche Bundesbehörden seit 2018 mehr als 1,4 Millionen Euro an Journalisten gezahlt. Allein solche von ARD, ZDF und Deutschlandradio erhielten 875.000 Euro.

Für mich als Justiziar der AfD-Fraktion steht fest: Transparenz ist das Gebot der Stunde. Die Bürger dieses Landes haben ein Recht darauf, zu erfahren, welcher bekannte oder weniger bekannte öffentlich-rechtliche Journalist attraktive Nebenverdienste durch die Bundesregierung erhält. Wer kennt nicht das Sprichwort: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing.



Zur Pressekonferenz:





Dieser Herbst war bisher geprägt von unzähligen Wahlkampfveranstaltungen in Bayern und Hessen, vielen Gesprächen, Terminen und Besuchen im Wahl- und Betreuungskreis sowie den ersten Plenarwochen der zweiten Hälfte der Legislaturperiode im Deutschen Bundestag.

Immer mehr Arbeitslose in Ostthüringen

Die Einführung des Bürgergeldes und aktuell die angekündigte Erhöhung desselben hat selbstverständlich nicht zu einer Entspannung der Sozialkassen beigetragen. Anreize, Arbeit aufzunehmen, insbesondere wenn diese niedrig entlohnt wird, sind nicht vorhanden. Zudem sind unsere Grenzen offen für Menschen aus aller Welt, die ebenfalls keinen Anlass haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren: Sie beziehen ja 'Stütze'. Unser Sozialstaat wird diese Last nicht mehr lange ertragen können – ein Politikwechsel hin zu einer zügigen und effizienten Integration in den Arbeitsmarkt ist dringend erforderlich. Finanzielle Anreize, sich auf den langen Weg nach Deutschland zu machen, müssen endlich der Vergangenheit angehören.



Ampel will uns aushungern!

Den Entwurf eines Stiftungsgesetzes, der zwischen der Ampelregierung, CDU und den Linken ausgekugelt worden sein soll, ist ein Frontalangriff auf die Demokratie. Die Kriterien, die eine Stiftungsförderung ermöglichen sollen, wurden haarklein darauf angepasst, dass sie auf alle parteinahen Stiftungen, außer jene der AfD, zutreffen. Sie sind politisch und vor allem verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Es steht außer Zweifel, dass die Altparteien, die rund 700 Millionen Euro Stiftungsgelder unter sich aufteilen wollen alles dafür tun werden, die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung von der Finanzierung auszuschließen. Dieses Gebaren gefährdet den politischen Wettbewerb und ist eine Schande für die Demokratie. Dass künftig der Verfassungsschutz, der nichts weiter als ein politisch agierender Regierungsschutz ist, über die Verteilung von Stiftungsgeldern entscheiden soll und die SPD die Fördervoraussetzungen vom Bundesinnenministerium prüfen lassen will, macht deutlich, dass dieser Gesetzentwurf nur der Sicherung der eigenen Pfründe der daran beteiligten Parteien dienen soll. Unsere Desiderius-Erasmus-Stiftung tritt wie keine andere der politischen Stiftungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Als AfD haben wir bereits ein verfassungskonformes Stiftungsgesetz vorgelegt. Die Feinde des politischen Wettbewerbs sitzen links von uns.



Keine unqualifizierten Minister mehr!

Mit einem Gesetzentwurf will ich für die Zukunft sicherstellen, dass keine Minister ohne einen Berufsabschluss ins Amt kommen können. Aus den Vorschriften des Grundgesetzes geht hervor, dass der Bundeskanzler die Personalkompetenz besitzt. Nur er bestimmt, wer Minister wird und tut dies aus freiem politischen Ermessen.

Der Vorgeschlagene muss Deutscher Staatsbürger und volljährig sein - Qualifikation spielt jedoch keine Rolle. In der Praxis werden die Minister vor allem aufgrund von Proporz und Quote ausgewählt. Das aktuelle Kabinett mit seinen (teils schon geschassten)



Ministern beweist deutlich, dass nicht die fachliche Kompetenz zur Auswahl beigetragen haben kann. Mit einer Änderung des Grundgesetzes will ich bewirken, dass zukünftig fachlich geeignete Kandidaten diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen. Wir sind gespannt, wie sich die anderen Parteien mit ihren Ministern positionieren werden.

Amtsausstattung von Ex-Bundestags(vize)präsidenten beenden!

Der AfD-Fraktion wird seit Jahren ein eigener Bundestagsvizepräsident verweigert. Alle Wahlvorschläge wurden von der großen Einheitsfraktion der Altparteien abgelehnt. Warum? Man teilt den Kuchen lieber unter sich selbst auf. Und nicht nur die amtierenden (Vize)Präsidenten profitieren ordentlich, nein, auch die Amtsausstattung der Ehemaligen ist nicht zu verachten. Obwohl diese nicht einmal mehr Mitglied des deutschen Bundestages sein müssen, haben sie weiterhin Anspruch auf Mitarbeiter und Büro. Dabei hat nicht einmal die Bundestagsverwaltung eine Idee, wie viel Geld genau in diesen Posten fließt und was diese Mitarbeiter überhaupt machen. Der Bundestag ist an vielen Stellen ein schwarzes Loch, das der Versorgung von Mitarbeitern und dem Pöstchengeschacher dient. Wir jedenfalls können nicht erkennen, dass nach Beendigung der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag für ehemalige Bundestags(vize)präsidenten Bedarf besteht, aktiv zu werden. Wenn sie dies aus eigenem Antrieb möchten, mögen sie das tun. Doch bitte nicht auf unsere Kosten. Sparen ist das Gebot der Stunde. Die Kosten für den Deutschen Bundestag explodieren immer mehr, was nicht zuletzt mit kostspieligen Neubauprojekten zu tun hat. Wir sollten alles dafür tun, verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Die Vollversorgung von Ex-Bundestags(vize)präsidenten ist jedoch alles andere als sinnvoll!



www.stephan-brandner.de

Oktober 2023

7. Jahrgang, Ausgabe 20, 10/2023

Pressefilz offenlegen!

Würden Sie gern wissen, ob Sie eine neutrale Tageszeitung oder das Parteiblättchen in den Händen halten? Sehen Sie - wir auch. Genauso, wie Sie sich sicher sind, gerade in diesem Moment die von mir erstellte KLARTEXT zu lesen, die ungefiltert, objektiv und sachlich von den aktuellen politischen Skandalen und Vorgängen berichtet, wollen Sie bestimmt auch wissen, ob Ihre Zeitung, die Sie vielleicht abonniert haben, unter finanzieller Beteiligung der SPD entstanden ist. Die SPD ist an zahlreichen Medienhäusern und Zeitungsverlagen beteiligt. Kaum jemand weiß, dass hinter dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)“ eine Verlagsgesellschaft steckt, an der mittelbar die SPD beteiligt ist. Das RND produziert nach eigenen Angaben redaktionelle Inhalte für 60 Tageszeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von mehr als 2,3 Millionen Exemplaren. Darüber hinaus bestehen mittelbare Beteiligungen der SPD an zahlreichen Zeitungsverlagen in Deutschland. Das Beteiligungsgeflecht ist für Außenstehende kaum zu durchschauen. Im Rechenschaftsbericht der Partei sind nur wenige Zeitungen als „Hauptprodukte“ aufgeführt. Für die Zeitungsleser ist deshalb praktisch nicht erkennbar, ob sie ein Produkt in den Händen halten, von dessen Kauf am Ende eine politische Partei profitiert.

Für mich steht fest: Parteien sollten den Bürgern offen gegenüberstehen. Wo Medienbeteiligungen von Parteien bestehen, ist deshalb auf größtmögliche Transparenz zu achten. Ich habe einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem im Rechenschaftsbericht alle Zeitungen aufzuführen sind, an denen eine Partei direkt oder indirekt wirtschaftlich beteiligt ist. Die Zeitung selbst muss auf diesen Umstand hinweisen, weil er für die Kaufentscheidung der Leser wichtig ist. Den Pressefilz wollen wir endlich aufdecken und verhindern!



Meine Rede:



Wo sind all die Ausreisepflichtigen hin?

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von mir überraschte uns. Die Zahl der unmittelbar Ausreisepflichtigen war in diesem Jahr deutlich gesunken. Jubelstürme, Sektorkorken: waren wirklich Zehntausende in diesem Jahr endlich abgeschoben worden? Wurde Remigration plötzlich unter Faeser ganz groß geschrieben? Aber nein! Eine erneute Anfrage an die Bundesregierung ergab: Die Ausreisepflichtigen wurden einfach mit einem Aufenthaltstitel versehen. Konkret heißt es: "Seit Einführung des Chancenaufenthaltsrechts bis zum Stichtag 31. Juli 2023 (wurden) insgesamt 29.979 Personen mit einem erteilten Aufenthaltstitel nach § 104c Aufenthaltsgesetz (AufenthG) im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst, darunter 23.020 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 104c Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Chancenaufenthaltsrecht für langjährig geduldete Ausländer). Dieser Personenkreis war zuvor ausreisepflichtig." Keine Abschiebung, keine Remigration. Zehntausende Ausreisepflichtige, also Personen, bei denen schon seit Jahren feststeht, dass sie Deutschland verlassen müssen, werden mit einem Aufenthaltstitel versehen. Das ist ein Skandal.



Wir sind für Sie da und hier:

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. bis Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Zeulenroda

Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg

Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
altenburg@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo. und Mi.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
soemmerda@
brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda

Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
apolda@
brandner-im-bundestag.de

Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz!

- www.stephan-brandner.de
- www.facebook.com/stBrandner
- www.twitter.com/stbrandner
- www.instagram.com/stephanbrandner
- www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
- www.tiktok.com/@brandner_afd
- t.me/StephanBrandnerMdB

Sie wollen mehr Informationen?

Erhalten Sie den wöchentlichen Rundbrief, Einladungen und mehr. Einfach in die Kontaktliste eintragen lassen unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

www.stephan-brandner.de

Wanderausstellung auch im nächsten Jahr

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages, die wir in das Altenburger Land nach Gössnitz geholt haben, war ein voller Erfolg. Nicht nur bei der Eröffnungsveranstaltung war volles Haus. Auch Schulklassen nutzten die Möglichkeit, sich über die Arbeit des Deutschen Bundestags zu informieren. Auch im nächsten Jahr werden wir die Wanderausstellung in den Wahlkreis holen - wohin genau steht noch nicht fest. Es ist mir besonders wichtig, vor Ort die notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten. Wie arbeitet der Deutsche Bundestag wirklich? Was passiert in den Ausschüssen? Wie geht man in Deutschland mit der Opposition um? Diese Fragen beantworte ich nur zu gern.



Haben Sie uns schon in Berlin besucht?

In jedem Jahr organisieren wir mehrere Fahrten über drei Tage in das politische Berlin. Auf dem Programm stehen Gesprächs- und Besichtigungstermine bei politisch relevanten Organisationen und bei einigen Fahrten sogar der Besuch einer Plenarsitzung. Daneben haben Sie Gelegenheit, mit mir ins Gespräch zu kommen. Die Kosten für Übernachtung, die meisten Speisen und die Fahrt mit dem Reisebus übernimmt der Steuerzahler. Wenn Sie Interesse haben, an einer solchen Fahrt teilzunehmen, lassen Sie es uns wissen unter: hg@brandner-im-bundestag.de.

Deshalb AfD

	AfD	SPD	FDP	Grüne	CDU	Linke
Rückkehr zur Kernenergie <small>Drs. 20/2592</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Grenzen sichern <small>Drs. 19/41</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Bildungsqualität verbessern <small>Drs. 19/20568</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Linksextremismus bekämpfen <small>Drs. 19/7049</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Steuern für Familien senken <small>Drs. 19/8560</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Bundespräsidenten direkt wählen <small>Drs. 20/198</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗
Mehr direkte Demokratie <small>Drs. 20/6708</small>	✓	✗	✗	✗	✗	✗

Stephan Brandner